

Aktueller Stand und Entwicklungen in den Beziehungen Schweiz-EU

I. Entwicklung bisher bestehender Beziehungen zur EU

Steuerstreit (Freihandelsabkommen von 1972)

- Das dritte und bisher letzte Treffen zwischen Experten der EU und der Schweiz fand am 8. April 2008 in Bern statt.
- Auch dieses Treffen hat keine substantiellen Fortschritte hervorgebracht: Die Parteien haben erneut ihren jeweiligen Standpunkt erläutert und konnten so gewisse Missverständnisse klären.
- Die EU erwartet von der Schweiz, dass das EFD die Umsetzung der Resultate der Arbeitsgruppe «Internationaler Steuerwettbewerb» an die Hand nimmt (September 2008)
- In der Zwischenzeit will die EU den Druck auf die Schweiz aufrechterhalten, damit die Gruppe motiviert ist, rasch konkrete Resultate zu liefern.
- Die Parteien sehen im Moment davon ab, weitere Treffen abzuhalten.

Zinsbesteuerung

- Als Folge der «Liechtensteinaffäre» wird der Druck auf europäische Staaten, die verdächtigt werden, Steuerflucht zu ermöglichen, stetig erhöht.
- Zahlreiche wichtige Akteure der europäischen Politik haben im Lichte dieser Entwicklungen mehrfach gefordert, dass die Richtlinie über die Zinsbesteuerung, die am 1. Juli 2005 in Kraft getreten ist, revidiert werden müsse.
- Diese Richtlinie ermöglicht die (provisorische) Koexistenz vom automatischen Informationsaustausch und die Rückbehaltung einer Quellensteuer (in Belgien, Luxemburg und Österreich).
- Der Rat der Finanzminister (ECOFIN) hat am 14. Mai 2008 einen Bericht mit einer Zwischenbilanz über die Wirksamkeit der Richtlinie über die Zinsbesteuerung besprochen.
- Der Bericht zeigt auf, wo die Schlupflöcher in der Richtlinie bestehen und macht Aussagen über die Massnahmen, um diese Löcher zu schliessen. Die Direktion von Kommissar Kovacs schlägt insbesondere vor, den Anwendungsbereich der Richtlinie auszuweiten auf juristische Personen sowie auf weitere Finanzdienstleistungen (Bsp. Lebensversicherungen).
- Der ECOFIN-Rat hat vom Bericht Kenntnis genommen und festgesetzt, dass der komplette Bericht bis am 30. September 2008 fertig gestellt sein soll. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Steuerung des Dossiers Steuern im Zusammenhang mit Drittstaaten (darunter die Schweiz) verbessert werden soll. Mittel dazu sollen Verhandlungen sein.

- Das Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU (Bilaterale II) basiert auf der Richtlinie über die Zinsbesteuerung.
- Das Abkommen wird 2011 vollständig in Kraft treten. Der erwartete Ertrag sollte in diesem Zeitpunkt 35% erreichen.
- Der Wortlaut des Abkommens sieht vor, dass dieses nach einer angemessenen Beobachtungszeit den Verhältnissen angepasst werden kann. Die Schweizer Seite geht davon aus, dass das heutige Abkommen bis mindestens 2012-2014 «betoniert» ist und keine Änderungen anstehen.
- Die Revision der Richtlinie könnte jedoch die Schweiz unter Zugzwang bringen und sie zwingen, die Änderungen im bilateralen Abkommen früher anzupacken.

Personenfreizügigkeit (FZA) – [BRG 08.029]

- Anlässlich der Sondersession hat der Ständerat am 28. April 2008 die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) sowie dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien gutgeheissen. Gleichzeitig hat er beschlossen, dem Antrag der APK-N zu folgen und die beiden Bundesbeschlüsse in einen zusammenzuführen.
- Die APK-N beantragt dem Plenum ebenfalls die Genehmigung sowohl der Weiterführung als auch der Ausdehnung des FZA. Im Gegensatz zum Ständerat hat die APK-N mit knapper Mehrheit (14 zu 10 Stimmen) beschlossen, das Geschäft in zwei Bundesbeschlüssen vorzulegen (keine Fusion).
- Die SP, die Grünen und eine Mehrheit der CVP befürwortet die Zusammenführung in einen Bundesbeschluss, die FDP ist gespalten.
- Die SVP hat verlauten lassen, dass sie mit Sicherheit das Referendum gegen die Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien ergreifen wird. Gleichzeitig stellt die in Aussicht, dass sie kein Referendum gegen die Weiterführung des FZA ergreifen werden, sollte ihre Forderung erfüllt werden und die beiden Fragen in zwei Bundesbeschlüssen verabschiedet werden.
- Juristisch und politisch sind beide Varianten möglich. Die Frage, ob ein oder zwei Bundesbeschlüsse verabschiedet werden ist primär taktischer Natur.
- Der Nationalrat wird im Plenum am 28. Mai 2008 über diese Frage beschliessen.
- Die Schweiz hat bis am 31. Mai 2009 Zeit, der EU mitzuteilen, ob sie das FZA weiterführen will.

Kohäsion

- Der Bundesrat beantragt für Rumänien und Bulgarien einen Betrag von 257 Millionen Franken, der innert fünf Jahren bezahlt werden soll.

- Dieser Betrag ist proportional zu demjenigen, den die Schweiz für die 10 «neuen» EU-Mitgliedstaaten bezahlt hat («Kohäsionsmilliarde»).
- Die EU hat sich befriedigt gezeigt. Ein Abkommen über die Modalitäten ist am 2. April 2008 abgeschlossen worden.
- Ein entsprechender Rahmenkredit soll dem Parlament im zweiten Semester 2008 unterbreitet werden.
- Das Gesetz über die Kooperation mit den europäischen Staaten (Osthilfegesetz), das im November 2006 an der Urne angenommen worden ist, bildet die Rechtsgrundlage für diese Zahlung.

Schengen

- Nach der Ratifizierung des Abkommens durch die EU (am 1. Februar 2008) ist die Schweiz nun Gegenstand eingehender Prüfungen seitens der EU, welche die «Schengen-Kompatibilität» der Schweiz untersuchen.
- Gleichzeitig ist die Schweiz daran, sich intern anzugleichen an die 52 Erlasse, welche die EU seit der Unterzeichnung des Abkommens verabschiedet hat. 14 dieser Erlasse müssen dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden und unterstehen dem fakultativen Referendum.
- Die wichtigsten neuen Erlasse:
 - Einführung von biometrischen Pässen [BRG 07.039] – Bundesbeschluss, Bereinigung der Differenzen zum NR im SR am 2. Juni 2008.
 - FRONTEX und RABIT [BRG 08.022] – Revision des Zollgesetzes, (SR 631.0), SR berät die Vorlage am 28. Mai 2008 als Erstrat.
 - Schengener Grenzkodex [BRG 07.083] – Änderungen im Ausländer- und Asylrecht, genehmigt vom SR, im NR am 28. Mai 2008.
 - Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands bezüglich SIS [BRG 07.089] – Bundesbeschluss, genehmigt vom SR, im NR am 28. Mai 2008.
 - Beitrag zum Fonds für die Aussengrenzen – der Bundesrat hat ein Verhandlungsmandat verabschiedet. Der Schweizer Beitrag dürfte zwischen 10 und 13 Millionen Franken pro Jahr betragen.
- Die Schweiz hat maximal zwei Jahre Zeit, um die Erweiterungen des Schengen-Besitzstands zu genehmigen und in Kraft zu setzen.
- Die Kooperation auf operationeller Ebene sollte ab November 2008 funktionieren.

24-Stunden Regel

- Die Schweiz und die EU verhandeln derzeit auf technischer Ebene.

Bildung

- Die Beteiligung der Schweiz an den Programmen «Lebenslanges Lernen» (allgemeine Bildung und Berufsbildung) sowie «Jugend in Aktion» (ausserschulische Aktivitäten) der EU ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen.

II. Neue Integrationsprojekte der Schweiz

Agrarfreihandelsabkommen

- Der Bundesrat hat am 14. März 2008 beschlossen, Verhandlungen mit der EU aufzunehmen.
- Die Verhandlungen laufen parallel mit jenen über ein Gesundheitsabkommen. In beiden Domänen dürfte die Schweiz nicht umhin kommen, das EU-Lebensmittelrecht zu übernehmen.
- Die APK beider Räte haben die Eröffnung der Verhandlungen gutgeheissen.
- Die Kantone wurden konsultiert.
- Die betroffenen Kreise der Landwirtschaft sind gespalten: Der Schweizer Fleischfachverband (SFF) und Swissporc begrüessen den Schritt, der Bauernverband sowie die Produzenten von Obst, Gemüse und Getreide sind dagegen.
- Eine Arbeitsgruppe zu flankierenden Massnahmen wurde am 8. April 2008 eingesetzt. Eine der Aufgaben dieser Gruppe ist es, den Betrag der finanziellen Kompensation für die Landwirtschaft festzulegen.
- Die Arbeitsgruppe soll bis im Mai 2009 Resultate liefern.
- Die Verhandlungen mit der EU sollten im zweiten Semester 2008 beginnen.

Elektrizität

- Die Verhandlungen mit der EU sind im November 2007 eröffnet worden.
- Die EU verlangt von Schweiz eine weitgehende Anpassung an das einschlägige EU-Recht (namentlich an das Wettbewerbsrecht).
- Das Ziel der Schweiz bleibt die Stärkung der Versorgungssicherheit.

Galileo, CO₂-Emissionshandel, Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) und Rahmenabkommen

- Diese vier Materien bilden die «neuen Dossiers», die der Bundesrat am 14. März 2008 präsentiert hat.
- Sie befinden sich derzeit in der Vorbereitungsphase – bisher liegen keine Verhandlungsmandate vor.

Versicherungen

- Der Bundesrat hat am 14. März 2008 angekündigt, er wolle intern prüfen, ob ein auf Versicherungen beschränktes Dienstleistungsabkommen mit der EU Sinn mache.
- Das Ziel eines solchen Abkommens wäre es, den Export von Versicherungsdienstleistungen aus der Schweiz zu ermöglichen sowie eine Ausdehnung auf alle Typen von Versicherungen zu erreichen.
- Ein Beschluss über ein Verhandlungsmandat sollte bis Ende 2008 ergehen.

Eurojust

- Die Verhandlungen sind am 6. März 2008 abgeschlossen worden.
- Der Bundesrat hat sich bisher zum Resultat nicht verlauten lassen.

REACH

- Der Bundesrat sollte sich demnächst zur Frage äussern, ob die Schweiz Verhandlungen über eine Beteiligung an einer Zulassungsagentur der EU eröffnen will.
- Ein Bericht über die Folgen einer Angleichung der Schweiz an REACH wurde am 1. November 2007 vom BAFU veröffentlicht.